

Münchener Anwaltshandbuch Bank- und Kapitalmarktrecht

Bearbeitet von

Herausgegeben von Dr. Andreas Fandrich, Rechtsanwalt, und Dr. Ines Karper, Rechtsanwältin, Bearbeitet von Wolf Buttlar, Rechtsanwalt, Dr. Marcus Geschwandtner, Rechtsanwalt, Thomas Hofmann, Regierungsrat, Dr. Miriam Neth-Unger, Rechtsanwältin, Nico Schley, Dipl.-Finanzwirt, Rechtsanwalt und Steuerberater, und Dr. Kai Zahrte

2. Auflage 2018. Buch. Rund 815 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 68446 3

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Bankrecht, Kapitalmarktrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text "beck-shop.de" in a bold, red, sans-serif font. Above the "i" in "shop" are three red dots of increasing size. Below the main text, the words "DIE FACHBUCHHANDLUNG" are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Fandrich/Karper (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Bank- und Kapitalmarktrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Anwalts Handbuch

Bank- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Dr. Andreas Fandrich

Rechtsanwalt in Stuttgart

und

Dr. Ines Karper

Rechtsanwältin in Esslingen

Bearbeitet von:

Prof. Dr. Hervé Edelmann, Rechtsanwalt in Stuttgart

Dr. Andreas Fandrich, Rechtsanwalt in Stuttgart

Dr. Marcus Geschwandtner, Rechtsanwalt in Bonn

Thomas Hofmann, Oberregierungsrat in Bonn

Dr. Miriam Neth-Unger, Rechtsanwältin in Stuttgart

Nico Schley, Rechtsanwalt/Steuerberater und Fachanwalt für Steuerrecht in Köln

Wolf Freiherr von Buttlar, Rechtsanwalt in Stuttgart

Dr. Kai Zahrte, Oberregierungsrat in Berlin

2. Auflage 2018



Zitiervorschlag:
MAH BankR/Bearbeiter § . . . Rn. . . .


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 68446 3

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Bank- und Kapitalmarktrecht wird in immer kürzeren Zeitabständen grundlegend überarbeitet und verändert. Grund hierfür sind nicht zuletzt die europäischen Vorgaben, die etwa in den Gesetzen zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie und zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt wurden. Auch die Rechtsprechung entwickelt sich mit hohem Tempo fort.

Deswegen war es höchste Zeit, die 2. Auflage des Handbuchs herauszubringen. Wir freuen uns, dass wir das Werk um das in der Praxis sehr wichtige Kapitel „Bankentgelte“ erweitern konnten und dass sich Herr Rechtsanwalt Prof. Dr. Hervé Edelmann bereit erklärt hat, dieses zu bearbeiten. Als weitere Autoren konnten wir Herrn Dr. Kai Zahrt für das Kapitel „Zahlungsverkehr“ und Herrn Rechtsanwalt/Steuerberater Nico Schley für die „Steuerlichen Bezüge des Bank- und Kapitalmarktrechts“ gewinnen. Ihnen und den anderen Autoren gilt der herzlichste Dank der Herausgeber. Wir alle wissen, wieviel Mühe und Entbehrungen mit einer schriftstellerischen Nebentätigkeit an Wochenenden und in Nachtschichten verbunden sind. Unser besonderer Dank gilt unserer Lektorin Frau Astrid Stanke für die sehr gute und äußerst geduldige Begleitung und Motivation des Autorenteam.

Der Inhalt des Handbuchs orientiert sich weiterhin am Ausbildungskatalog des Fachanwalts für Bank- und Kapitalmarktrecht. Mit Checklisten und Praxistipps sollen sowohl dem Allgemeinanwalt als auch dem künftigen Fachanwalt, der einen schnellen Zugang zum Thema sucht, ein Arbeitsmittel an die Hand gegeben werden.

Die Autoren sind in den von ihnen bearbeiteten Rechtsgebieten als Spezialisten ausgewiesen, haben aber den Blickwinkel des Praktikers. Die in den Beiträgen enthaltenen rechtlichen Wertungen geben ausschließlich die persönliche Auffassung des einzelnen Autors wieder.

Das Handbuch hat den Stand Ende 2017. Für Anregungen und Hinweise sind wir stets dankbar.

Stuttgart, im Herbst 2017

Die Herausgeber



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Herausgeber- und Autorenverzeichnis	XXI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXIII
§ 1 Grundlagen (<i>Fandrich/Geschwandtner</i>)	1
§ 2 Bankenaufsicht (<i>Geschwandtner</i>)	47
§ 3 Geschäftsverbindung Bank und Kunde (<i>Neth-Unger</i>)	77
§ 4 Bankentgelte und deren Zulässigkeit (<i>Edelmann/Neth-Unger</i>)	157
§ 5 Zahlungsverkehr (<i>Zahrte</i>)	215
§ 6 Kreditvertragsrecht (<i>Fandrich/Hofmann</i>)	349
§ 7 Kreditsicherheiten (<i>Hofmann</i>)	441
§ 8 Recht der Kapitalanlage (<i>Frhr. von Buttlar</i>)	683
§ 9 Steuerliche Bezüge des Bank- und Kapitalmarktrechts (<i>Bloehs/Schley</i>)	827
Sachverzeichnis	891

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 1 Grundlagen	1
I. Organisation und Beteiligte des Banken- und Kapitalmarkts	2
1. Einführung	2
2. Universalbankensystem und Spezialbanken	3
3. Institutsgruppen	5
4. Verbände und Prüfungen	9
5. Deutsche Kreditwirtschaft (vormals Zentraler Kreditausschuss)	12
6. Einlagensicherung und Anlegerentschädigung	12
7. Bankenaufsicht und ihre Bedeutung für die Kreditwirtschaft	16
8. Rollenverteilung zwischen Geschäftsleitern und Aufsichtsorganen	21
9. Strafrechtliche Risiken und Haftung der Organe	21
10. Börsenwesen	24
11. Gerichte	25
12. Anwaltschaft	26
II. Mandatsführung	27
1. Mandatsgewinnung	27
2. Gebührenpolitik	28
3. Rechtsschutzversicherung	29
4. Besonderheiten der Mandatsführung	30
5. Verjährungs- und Beweislastfragen	31
6. Prozesstaktiken	34
III. Deutsche, europäische, internationale Rechtsgrundlagen	35
1. Einführung	35
2. Deutsche Rechtsgrundlagen	36
3. Europäische und internationale Rechtsetzung	45
§ 2 Bankenaufsicht	47
I. Vorbemerkungen	48
II. Rechtsgeschichtliche Hintergründe der Bankenaufsicht	49
III. Aufsicht über Institute, Geschäftsleiter, Aufsichtsrats- und Verwaltungsrats- mitglieder sowie Sicherungseinrichtungen	50
IV. Bankenaufsicht als begründungspflichtiger Staatseingriff	52
V. Finanzierung der aufsichtsführenden BaFin	53
VI. Aufgabenbereiche und Instrumentarium der BaFin	53
VII. Rechtsschutz und Akteneinsicht	55
VIII. Bankenaufsicht als fördernde Wirtschaftsaufsicht	56
IX. Tätigkeitsverbot mit Erlaubnisvorbehalt (§§ 32 ff. KWG)	57
X. Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank/Aufsichtsrichtlinie	58
1. „Laufende Überwachung der Institute“ durch die Bundesbank	59
2. Instrumente der Aufsicht zur Risikoerkennung	60
3. Aufsichtsplanung	61
XI. „Besondere organisatorische Pflichten“ (§ 25a KWG, MaRisk)	61
1. Bankaufsichtliche Compliance der Kreditinstitute	62
2. Rechtsqualität und praktische Relevanz der MaRisk	63
XII. Prüfung des Risikomanagements von Kreditinstituten (§ 317 Abs. 4 HGB)	66
XIII. Prüfungsanordnungen der BaFin aus § 44 Abs. 1 KWG/§ 30 KWG	66
XIV. „Verwarnung“ eines Geschäftsleiters (§ 36 Abs. 2 KWG aE)	68

Inhaltsverzeichnis

	Seite
XV. Abberufungsverlangen und Tätigkeitsuntersagungen (§ 36 KWG)	70
1. Entfernung von Bankgeschäftsleitern aus dem Amt (§ 36 Abs. 1 u. 2 KWG)	70
2. Entfernung von Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsmitgliedern aus dem Amt (§ 36 Abs. 3 KWG)	73
§ 3 Geschäftsverbindung Bank und Kunde	77
I. Vorbemerkung	78
II. Kontoeröffnung	80
1. Kontofähigkeit	80
2. Gesetzliche Prüfungspflichten	81
3. Kontrahierungszwang – Basiskonto	86
III. Kontoführung	93
1. Kontenformen und Kontoarten	93
2. Besonderheiten bei der Kontoführung für natürliche Personen	100
IV. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken und Sparkassen	114
1. Entwicklung	114
2. Bedeutung	116
3. Einbeziehung	118
4. Allgemeiner Bankvertrag	120
V. Bankgeheimnis	122
1. Rechtsgrundlage	122
2. Gegenstand und Geheimnisherr	123
3. Grenzen und Durchbrechungen des Bankgeheimnisses	124
4. Bankgeheimnis und Abtretungsausschluss	139
5. Bankgeheimnis und Umwandlungsrecht	141
VI. Kontenpfändung/Konto in der Insolvenz	142
1. Pfändung von Girokonten sowie anderer Ansprüche	142
2. Auswirkung der Insolvenz auf die Geschäftsverbindung	149
§ 4 Bankentgelte und deren Zulässigkeit	157
I. Einleitung	160
II. Qualifizierung als Allgemeine Geschäftsbedingungen	161
1. Abgrenzung zur Individualvereinbarung	162
2. Stellen der Vertragsbedingungen	163
3. Im Kopf des Verwenders gespeichert	164
4. Ausfüllungsbedürftige Leerräume	164
5. Bankinterne Anweisung	165
6. Stempelaufrufdruck	165
III. Darlegungs- und Beweislast	165
IV. Kundenfeindlichste Auslegung	165
V. Klauselverbote mit und ohne Wertungsmöglichkeit	167
VI. Zur Kontrollfähigkeit von Entgeltklauseln	167
VII. Differenzierung nach Preishaupt- und Preisnebenabreden	169
1. Preishauptabrede	170
2. Preisnebenabrede	171
3. Objektivierter Leistungsbestimmungsbegriff	171
4. Die fünf Differenzierungsprinzipien	172
5. Kritik an der Rechtsprechung	173
VIII. Zur grundsätzlichen „automatischen“ bzw. indizierten Unwirksamkeit einer Preisnebenabrede	175
IX. Zur Unangemessenheit iSv § 307 Abs. 1 S. 1 BGB	175
X. Zur Unangemessenheit wegen Verstoßes gegen das Transparenzgebot	176

Inhaltsverzeichnis

	Seite
XI. Rechtsfolge der Nichteinbeziehung oder der Unwirksamkeit einer Klausel	178
1. Ergänzende Vertragsauslegung	178
2. Vertrauens Gesichtspunkte	179
3. Grundsätze über den Wegfall der Geschäftsgrundlage	180
4. Schadensersatzanspruch	180
XII. Verjährung	180
XIII. Prozessuale Geltendmachung der Unwirksamkeit von Entgeltklauseln	182
1. Rechtsfolgen unzulässiger Entgeltklauseln	182
2. Unterlassungsklagengesetz	182
XIV. Zu einzelnen Entgeltklauseln	189
1. Abschlussgebühr der Bausparkassen	189
2. Bearbeitungsentgelt bei Privatkrediten sowie im unternehmerischen Geschäftsverkehr, sog. Individualbeitrag	192
3. Darlehensgebühr bei Bausparverträgen	198
4. Kontogebühr bei Bausparverträgen	200
5. Entgelte bei Förderkreditverträgen	201
6. Kontoführungsgebühr(-entgelt) bei Darlehensverträgen	202
7. Disagio/Agio	204
8. Entgelt für die Erteilung einer Löschungsbewilligung	204
9. Entgelt für einen Sicherheitenaustausch, für die Rangrücktrittserklärung sowie für die Erledigung eines Treuhandauftrages	204
10. Entgelt (Auslagen) im Zusammenhang mit der Bestellung, Verwaltung, Freigabe oder Verwertung von Sicherheiten (insbesondere Notarkosten, Lagergelder, Kosten der Bewachung von Sicherungsgut)	205
11. Wertermittlungsgebühr	207
12. Weitere Bankentgelt-Beispiele	209
§ 5 Zahlungsverkehr	215
I. Überblick Zahlungsverkehrsrecht	219
II. Zahlungsdienste, §§ 675c–676c BGB	222
1. Grundlagen des Zahlungsdiensterechts	222
2. Überweisung	229
3. Lastschrift	257
4. Debitkarte	273
5. Kreditkarte	289
6. Prepaidkarte	300
7. Geldkarte	301
8. Onlinebanking	303
9. Zahlungsauslösedienst	315
10. Kontoinformationsdienst	321
III. Internetbezahlverfahren	322
1. Wallet-Systeme: „PayPal“	322
2. Erweiterungen zum Onlinebanking: „paydirekt“	324
3. Virtuelles Geld: „Bitcoin“	325
IV. Dokumentenbasierter Zahlungsverkehr	328
1. Scheck	329
2. Wechsel	343
§ 6 Kreditvertragsrecht	349
I. Einführung	352
II. Grundlagen	354
1. Kreditgeschäft	354
2. Interessenlage	355

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Darlehensvertrag im Sinne von § 488 BGB	356
4. Kontrahierungszwang	356
III. Kredit- und andere Finanzierungsarten im Überblick	357
1. Kontokorrent- und Überziehungskredit	357
2. Geduldete Überziehung	359
3. Annuitätendarlehen	359
4. Endfällige Darlehen (tilgungsfreie Darlehen)	360
5. Haftungskredite	363
6. Investitionskredit	364
7. Betriebsmittelkredit	365
8. Sanierungs- und Überbrückungskredit	365
9. Kommunalkredit	366
10. Konsortialkredit	366
11. Öffentliche Förderkredite	366
12. Zahlungsaufschub und sonstige Finanzierungshilfen	366
13. Darlehensvermittlungsverträge	368
IV. Beratungs-, Warn- und Aufklärungspflichten im Kreditgeschäft	369
1. Grundsatz: keine Beratungs- und Aufklärungspflichten	369
2. Ausnahme: Beratungs- und Auskunftsverträge	370
3. Ausnahme: Aufklärungspflichten im Einzelfall, Fallgruppen	371
4. Kreditwürdigkeitsprüfungen und Beratungsleistungen gem. §§ 505a ff., 511 BGB	373
V. Inhalt und Erfüllung des Darlehensvertrags	374
1. Valutierung	374
2. Bereitstellungsinsen/-provision	375
3. Nichtabnahmeentschädigungen	376
4. Zinsen	376
5. Disagio	380
6. Sonstige Entgelte	381
VI. Besonderheiten des Verbraucherdarlehensvertrags	383
1. Grundlagen	383
2. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	386
3. Werbung für Verbraucherdarlehensverträge	387
4. Vorvertragliche (Informations-)Pflichten	388
5. Beratungsleistungen bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen	389
6. Kreditwürdigkeitsprüfung	390
7. Vertragsschluss: Formvorschriften und Pflichtangaben	392
8. Effektiver Jahreszins und Effektivzinsangaben	395
9. Widerruf	396
10. Laufende Informationspflichten und Tilgungsplan	397
11. Verzug	398
12. Vorzeitige Beendigung von Darlehensverträgen	399
VII. Besonderheiten der Baufinanzierung	411
1. Baufinanzierung und Bauträgervertrag	411
2. Makler- und Bauträgerverordnung (MaBV)	413
3. Bauträgerfinanzierung	418
4. Reform des Bauvertragsrechts	420
VIII. Besonderheiten der Fondsfinanzierung – verbundene Geschäfte	420
1. Überblick	420
2. Widerrufsrecht nach den Haustürwiderrufsregeln	422
3. Einwendungs-/Rückforderungsdurchgriff gegenüber der Bank	423
4. Besondere Aufklärungs- und Beratungspflichten bei der Finanzierung von Fondsbeteiligungen	424

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IX. Besonderheiten des Unternehmenskreditgeschäfts	425
1. Überblick	425
2. Konsortialkredit	425
3. Öffentliche Förderkredite	426
4. Finanzierungsleasing	427
5. Factoring	430
6. Auslandskreditgeschäft	430
X. Darlehensforderung in Abwicklung und Insolvenz	433
1. Überblick	433
2. Bankgeheimnis und Datenschutz	434
3. Verkauf von Darlehensvertragspaketen	436
4. Umwandlungsrechtliche Vorgänge	437
5. Forderungsabtretungsklauseln	438
6. Die Darlehensforderung im Insolvenzverfahren	439
 § 7 Kreditsicherheiten	 441
A. Grundlagen	453
I. Einleitung	453
II. Allgemeines	455
1. Bedeutung der Kreditsicherung	455
2. Empirisches/Häufigkeit von Sicherheiten	456
3. Rechtsquellen	457
4. Europäische und internationale Vorgaben	457
5. Aktuelle Rechtsentwicklungen in Deutschland	459
III. Überblick über bankübliche Kreditsicherheiten	461
1. Begriff der Sicherheit	461
2. Erscheinungsformen	461
3. Kreditversicherungsinstrumente	465
IV. Grundlegende Rechtsgeschäfte in der Kreditsicherungspraxis	466
1. Vertragskonzeptionen in der Bankenpraxis	466
2. Darlehensvertrag	466
3. Die Sicherheitenbestellung	468
4. Der Sicherungsvertrag	468
V. Anspruch auf Sicherheitenbestellung	474
1. Bankmäßige Geschäftsbeziehung	474
2. Darlehensvertrag	474
3. AGB-Banken und Sparkassen	475
4. Anspruch des Darlehensnehmers auf Sicherheitentausch?	477
VI. Bedeutung des Verbraucherschutzes im Kreditsicherungsrecht	478
1. Allgemeines	478
2. Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	479
3. Verbraucherdarlehensvertrag, §§ 491 ff. BGB	480
4. Haustürwiderrufsrecht, § 312 BGB	481
5. Fernabsatzrecht	482
VII. Allgemeine Grenzen der Kreditsicherung	482
1. Unwirksamkeitsgründe	482
2. Anfängliche und nachträgliche Übersicherung	483
3. Sanierungs- und Existenzgründungsfinanzierung	486
VIII. Haftungsrisiken im Zusammenhang mit der Kreditsicherung	488
1. Aufklärungs- und Informationspflichten der Bank	488
2. Kreditvergabe ohne Stellung banküblicher Sicherheiten	491
3. Weitere Haftungstatbestände	492
4. Faktische Geschäftsführung und Quasi-Gesellschafterhaftung	494

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IX. Der Ausgleich unter mehreren Sicherungsgebern	496
1. Gleichartige Sicherheiten	496
2. Ungleichartige Sicherheiten	496
X. Kosten im Zusammenhang mit der Sicherheitenbestellung	497
1. Allgemeines	497
2. AGB-rechtliche Zulässigkeit einzelner Klauseln	498
XI. Die Bewertung von Kreditsicherheiten	499
1. Grundsätze	499
2. Realsicherheiten	500
3. Personalsicherheiten	501
XII. Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Kreditsicherungspraxis	502
1. KWG	502
2. Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)	503
3. Kreditrisikominderung (Art. 192 ff. CRR)	504
B. Allgemeine Voraussetzungen der Sicherheitenverwertung	505
I. Fälligkeit der gesicherten Forderung	505
1. Regelung in den AGB-Banken und -Sparkassen	505
2. Fälligkeit als Verwertungsvoraussetzung	506
3. Kündigung von Darlehensverträgen	506
4. Fälligkeit mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens	508
II. Androhung der Verwertung	509
1. Gesetzliche Regelung des § 1234 BGB für die Verpfändung	509
2. Andere Sicherheiten	510
3. Besonderheiten bei der Lohn- und Gehaltsabtretung	511
4. Formularpraxis der Kreditinstitute	511
III. Fälligkeit des Sicherungsmittels	512
1. Allgemeines	512
2. Die Kündigung der Grundschuld nach § 1193 Abs. 2 BGB	512
IV. Möglichkeiten der Verwertung	513
1. Allgemeines	513
2. Wahlrecht bei mehreren Sicherungsmitteln und Sicherungsgebern	514
3. Art der Verwertung	514
V. Rücksichtnahme auf die Belange des Schuldners oder Sicherungsgebers	515
VI. Behandlung des Verwertungserlöses	517
C. Die Bürgschaft	517
I. Grundlagen	517
1. Gegenstand und Rechtsnatur	517
2. Wirtschaftliche Verbreitung	519
3. Abgrenzung zur anderen Sicherungsinstrumenten	519
II. Der Bürgschaftsvertrag	521
1. Vertragsparteien	521
2. Vertragsabschluss	522
3. Zwingende Angaben in der Bürgschaftserklärung	523
4. Schriftform der Erklärung des Bürgen	525
5. Stellvertretung	528
6. Zustimmungs- und Genehmigungserfordernisse	529
7. Bürgenhaftung kraft Gesetzes	530
III. Wirksamkeit des Bürgschaftsvertrags	530
1. Verstoß gegen das Schriftformerfordernis	530
2. Bürgschaft und Verbraucherschutzvorschriften	531
3. Sittenwidrigkeit der Bürgschaft wegen finanzieller Überforderung	534
4. Sittenwidrigkeit aus anderen Gründen	544
5. Anfechtung	545
6. Wegfall und Störung der Geschäftsgrundlage	547

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Umfang der Bürgenhaftung	548
1. Gesetzlicher Haftungsumfang	548
2. Inhaltskontrolle bei weiter Zweckerklärung	554
V. Beendigung der Bürgschaft	557
1. Kündigung	557
2. Widerruf und Rücktritt	558
3. Bedingung und Befristung	558
4. Tod des Bürgen oder des Hauptschuldners	559
5. Wechsel der Beteiligten	559
6. Erlöschen der Hauptschuld	560
7. Sonstige Erlöschensgründe	560
8. Verwirkung	561
VI. Typischer Inhalt von Bürgschaftsverträgen	561
1. Inanspruchnahme aus der Bürgschaft und Einredeverzicht des Bürgen ...	561
2. Anrechnung von Zahlungseingängen	563
3. Übergang von Sicherheiten	563
4. Behandlung zusätzlicher Bürgschaftserklärungen	563
5. Freigabe von Sicherheiten	564
6. Kündigungsrecht des Bürgen	565
7. Verlängerung der Verjährungsfrist	565
8. Keine Geltung der AGB-Banken und Sparkassen	565
VII. Kreditsicherungsrelevante Formen der Bürgschaft	566
1. Höchstbetragsbürgschaft	566
2. Teilbürgschaft	567
3. Nachbürgschaft	567
4. Rückbürgschaft	568
5. Ausfallbürgschaft	568
6. Zeitbürgschaft	569
7. Bürgschaft auf erstes Anfordern	570
8. Kreditbürgschaft	572
9. Vorauszahlungsbürgschaft (insbesondere §§ 7 Abs. 1, 2 Abs. 1 MaBV) ..	572
10. Gesellschafterbürgschaft	576
11. Prozessbürgschaft	577
12. Steuerbürgschaft	577
13. Mietbürgschaft	578
14. Bürgschaften der öffentlichen Hand	579
VIII. Verjährungsfragen bei der Bürgschaft	580
1. Unabhängige Verjährung von Darlehensforderung und Bürgschafts- anspruch	580
2. Einrede der Verjährung der Hauptschuld, § 768 BGB	580
3. Beginn der Verjährungsfrist der Bürgschaftsforderung	583
IX. Inanspruchnahme des Bürgen	583
1. Eintritt des Bürgschaftsfalls	583
2. Vorgehensweise	584
3. Beweislast und Prozessuales	585
4. Zwangsvollstreckung	586
5. Bürgschaft und Insolvenz	586
X. Rückgriff des Bürgen	587
D. Mithaftung und Schuldbeitritt	587
I. Grundlagen	587
1. Gegenstand und Einordnung	587
2. Abgrenzung von verwandten Sicherungsformen und Rechtsgeschäften	589
3. Zustandekommen	589

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Form	589
5. Teilakzessorietät und gesamtschuldnerische Haftung	590
II. Sonderprobleme	591
1. Anwendbarkeit der Verbraucherschutzvorschriften	591
2. Übertragung der Rechtsprechung zur Sittenwidrigkeit von Angehörigenbürgschaften gem. § 138 BGB	593
3. Übertragung der Darlehensforderung und Anwendung des § 401 BGB	597
III. Inanspruchnahme und Verwertung	598
1. Voraussetzungen	598
2. Prozessuales	598
3. Insolvenz	599
4. Ausgleich zwischen den Gesamtschuldnern	599
E. Garantie	600
I. Gegenstand und Einordnung	600
1. Rechtsnatur	600
2. Inhalt und Haftungsumfang	600
3. Anwendungsfelder und Verbreitung	601
II. Der Garantievertrag	601
1. Zustandekommen	601
2. Form	601
3. AGB-rechtliche Wirksamkeit	602
4. Richtlinien der Internationalen Handelskammer (URDG 758)	602
5. Exkurs: Garantien im englischen Recht	603
6. Internationales Privatrecht	603
III. Inanspruchnahme der Garantie	603
1. Eintritt des Garantiefalls	603
2. Einwendungen	604
3. Rückgriff des Garantiegebers	604
IV. Besondere Erscheinungsformen	604
1. Bankgarantie	604
2. Anzahlungsgarantie	605
3. Ausbietungsgarantie	605
4. Scheckeinlösungsgarantie	606
5. Rück- oder Gegengarantie	606
F. Patronatserklärung	607
I. Gegenstand und Einordnung	607
1. Begriff	607
2. Rechtsnatur	607
3. Zweck	608
II. Vertragsabschluss	608
1. Patronatsvertrag	608
2. Form	609
3. Kündigung	609
III. Erscheinungsformen	610
1. Die „harte“ Patronatserklärung	610
2. Die „weiche“ Patronatserklärung	611
IV. Besonderheiten	612
1. Die Patronatserklärung als Sanierungsinstrument	612
2. Bilanzierung	612
G. Pfandrecht	613
I. Begriff und Bedeutung	613
1. Wesensmerkmale	613
2. Bedeutung in der Kreditsicherungspraxis	613

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Beteiligte	614
4. Sonderregelungen	614
5. Gesetzliche Pfandrechte	615
II. Bestellung des Pfandrechts	615
1. Pfandrecht an beweglichen Sachen	615
2. Pfandrecht an Forderungen und Rechten	616
3. Das Pfandrecht nach Nr. 14 AGB-Banken, Nr. 21 AGB-Sparkassen	617
4. Rang	617
III. Gesicherte Forderung	618
1. Sicherungsfähige Ansprüche	618
2. Künftige und bedingte Forderungen	618
3. Akzessorietät	618
IV. Wirksamkeit der Pfandrechtsbestellung	619
1. Form	619
2. Keine Übertragung der Rechtsprechung zu Angehörigenbürgschaften	619
3. Anwendbarkeit der §§ 312b, c und § 312g BGB	619
V. Verwertung	620
1. Pfandreife	620
2. Pfandrecht an beweglichen Sachen	620
3. Pfandrecht an Rechten und Forderungen	621
4. Pfandrecht im Insolvenzverfahren	622
VI. Typische Verpfändungsfälle in der Kreditsicherungspraxis	623
1. Verpfändung von Kontenguthaben und Einlagen	623
2. Verpfändung von Wertpapieren	623
3. Das Pfandrecht nach Nr. 14 AGB-Banken, Nr. 21 AGB-Sparkassen	624
4. Verpfändung von Gesellschaftsanteilen	626
5. Verpfändung von Markenrechten	628
H. Sicherungsübereignung	629
I. Grundlagen	629
1. Begriff und Rechtsnatur	629
2. Wirtschaftliche Bedeutung	629
3. Sicherungsgegenstand	630
4. Rechtsverhältnisse und Beteiligte	630
II. Zustandekommen	631
1. Überblick	631
2. Dingliche Einigung zur Übertragung des Eigentums	632
3. Übergabe oder Übergabesurrogat	634
4. Gutgläubiger Erwerb	634
5. Wesentliche Bestandteile, Scheinbestandteile und Grundstückszubehör ..	635
III. Der Sicherungsvertrag	636
1. Form	636
2. Bestimmung des Sicherungszwecks	636
3. Typischer Inhalt des Sicherungsvertrags	636
IV. Wirksamkeit der Sicherungsübereignung	637
1. Kein Formerfordernis	637
2. Übersicherung	637
3. Kollision mit Vermieterpfandrecht und anderen Sicherungsrechten	638
4. Sicherungsübereignung unpfändbarer Sachen nach § 811 ZPO	639
V. Verwertung	639
1. Grundsätze	639
2. Freihändiger Verkauf	640
3. Freihändige Versteigerung	641
4. Zwangsvollstreckung	641
5. Sicherungsübereignung und Insolvenzverfahren	641

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Sicherungsabtretung	643
I. Einordnung	643
1. Gegenstand und Rechtsnatur	643
2. Abtretungsgegenstand	643
3. Bedeutung	644
4. Rechtsverhältnisse und Beteiligte	644
5. Abgrenzung von ähnlichen Konstellationen und Rechtsinstituten	645
6. Grundtypen	645
II. Bestellung	646
1. Überblick	646
2. Abtretungsvereinbarung	647
3. Gutgläubiger Erwerb	647
4. Abtretungshindernisse	648
5. Erfordernis weiterer Rechtsakte	648
III. Sicherungsvertrag	648
1. Bestimmung des Sicherungszwecks	648
2. Typische Klauseln im Sicherungsvertrag	649
IV. Wirksamkeit der Sicherungsabtretung	649
1. Grundsätzlich keine Formerfordernisse	649
2. Übersicherung	649
3. Berufliche Verschwiegenheitspflichten	650
4. Sittenwidrigkeit	650
V. Verwertung	651
1. Allgemeines	651
2. Verwertung durch Einziehung	652
3. Die Sicherungsabtretung im Insolvenzverfahren	652
VI. Besondere Erscheinungsformen	654
1. Abtretung von Ansprüchen aus Lebensversicherungen	654
2. Abtretung von Lohn- und Gehaltsforderungen	655
3. Abtretung von Ansprüchen aus Bausparverträgen	656
J. Sicherungsgrundschuld	657
I. Grundlagen	657
1. Allgemeines	657
2. Begriff	658
3. Merkmale und Rechtsnatur	658
4. Sicherungsvertrag	658
5. Formen der Grundschuld	659
6. Belastungsgegenstand	660
7. Haftungsumfang	660
8. Europäische Vorgaben	661
II. Zustandekommen	661
1. Zustandekommen im Wege der Bestellung	661
2. Übertragung	662
III. Dingliche Voraussetzungen für das Zustandekommen	662
1. Dingliche Einigung	662
2. Eintragung	663
3. Verfügungsbefugnis	663
IV. Inhalt der Grundschuldbestellungsurkunde	664
1. Überblick	664
2. Fälligkeit des Grundschuldkapitals	664
3. Die dingliche Zwangsvollstreckungsunterwerfung	665
4. Die persönliche Zwangsvollstreckungsunterwerfung	667
5. Teilbetrag	668

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Wirksamkeit der Bestellung der Sicherungsgrundschuld	668
1. Sittenwidrigkeit	668
2. Verbraucherschutzregelungen	669
VI. Der Sicherungsvertrag	669
1. Merkmale	669
2. Die Sicherungszweckerklärung	669
VII. Verwertung	670
1. Allgemeines	670
2. Vollstreckung aus dem abstrakten Schuldversprechen trotz Verjährung der Darlehensforderung	670
3. Verwertung der Grundschuld	671
4. Freihändige Verwertung des Grundstücks	673
5. Verwertung im Insolvenzverfahren	674
K. Restschuldversicherung	675
I. Grundlagen	675
1. Gegenstand und Rechtsnatur	675
2. Verbreitung	675
3. Versicherungsleistung	676
4. Pflichtangaben bei Verbraucherdarlehen	676
II. Sonderprobleme	678
1. AGB-rechtliche Klauselkontrolle, Ausschlussklauseln	678
2. Berücksichtigung bei der Sittenwidrigkeitskontrolle gem. § 138 BGB	678
3. Aufklärungspflichten der Bank	679
4. Darlehensvertrag und Restschuldversicherung als verbundenes Geschäft?	680
5. Die Restschuldversicherung im Insolvenzverfahren des Darlehens- nehmers	682
§ 8 Recht der Kapitalanlage	683
I. Einleitung	685
II. Haftung einer Bank beim Vertrieb von Kapitalanlagen	686
1. Unterschiede zwischen der Haftung einer Bank und der Vermittlerhaftung ..	686
2. Unterscheidung zwischen Aufklärungs- und Beratungspflichten	686
3. Aufklärungspflichten	686
4. Beratungspflichten	688
5. Zuwendungen, Rückvergütungen, Innenprovisionen	699
6. Risikoerhöhung durch Kreditfinanzierung	701
7. Produktspezifische Aufklärungs- und Beratungspflichten	702
8. Keine nachwirkende Überwachungspflicht	716
9. Schadensersatz bei Verletzung der Beratungspflicht	717
10. Verjährung des Schadensersatzanspruchs	730
III. Vermittlerhaftung	734
1. Unterscheidung zwischen Beratungs- und Auskunftsvertrag	734
2. Abschluss eines Auskunftsvertrages	736
3. Pflichten aufgrund eines Auskunftsvertrages	737
4. Pflichten aufgrund eines Beratungsvertrages	743
5. Produktspezifische Aufklärungs- und Beratungspflichten	746
6. Schadensersatzansprüche wegen fehlender aufsichtsrechtlicher Erlaubnis ...	751
7. Haftungsumfang	752
IV. Haftung von weiteren in Anlagemodellen eingeschalteten Personen	755
1. Mittelverwendungskontrolleur	755
2. Treuhandkommanditist und Treuhänder	759
3. Wirtschaftsprüfer und Gutachter	762

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Prospekthaftung	766
1. Arten der Prospekthaftung	766
2. Bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung im weiteren Sinne	768
3. Kapitalanlagebetrug	784
VI. Vermögensverwaltung	784
1. Definition der Vermögensverwaltung	784
2. Pflichten des Verwalters vor und bei Abschluss des Vermögensverwaltungs- vertrages	785
3. Pflichten bei der Durchführung der Vermögensverwaltung	785
4. Haftung bei fehlerhafter Vermögensverwaltung	794
5. Verjährung	801
6. Verwirkung	803
VII. Prozessuale Besonderheiten im Kapitalanlagerecht	803
1. Ausgangslage	803
2. Zuständigkeitsfragen	803
3. Beweisfragen	809
4. Rechtskraft	816
5. Anträge	817
6. Anlegermehrheiten	819
7. Arrestverfahren	824
§ 9 Steuerliche Bezüge des Bank- und Kapitalmarktrechts	827
I. Einführung	828
II. Kundensicht	829
1. Steuern und Kapitalanlage	829
2. Steuern und Kreditgeschäft	856
III. Bankensicht	858
1. System der Umsatzsteuer	858
2. Steuern bei der Sicherheitenverwertung	862
3. Besteuerung von Dividenden und Anteilsverkäufen	866
4. Haftung für Steuern	868
5. Bankgeheimnis im Steuerrecht?	871
IV. Steuerhinterziehung und Leichtfertige Steuerverkürzung	875
1. Überblick über das Steuerstrafrecht	876
2. Steuerhinterziehung	877
3. Strafbefreiende Selbstanzeige	882
4. Bankmitarbeiter als Anstifter und Gehilfe?	886
5. Exkurs: Das Steuerabkommen mit der Schweiz vom 21.9.2011	889
V. Bankenabgabe und Finanzmarktsteuer	889
Sachverzeichnis	891